

Diskussionsgrundlage Außenpolitik PNW

Einleitung:

Wenn wir die außenpolitischen Zielsetzungen von PNW definieren und formulieren wollen, so müssen wir einige Überlegungen voranstellen, damit klar wird, auf welchem Terrain wir uns eigentlich bewegen. Dazu gehört zunächst die Feststellung, daß im derzeit gegebenen Rahmen von einer tatsächlich souveränen deutschen Außenpolitik nicht gesprochen werden kann: Die Souveränität des gegenwärtigen Deutschlands ist nicht entfernt mit jener des letzten Kaiserreiches (1870/71 - 1918) zu vergleichen. Dies liegt einerseits an den Nachwirkungen des verlorenen ersten Weltkrieges und der totalen Niederlage im Jahre 1945, andererseits an der Einbindung in die supranationalen Organisationen der UNO, der NATO und der Europäischen Union. Wir besitzen bekanntlich nicht einmal mehr eine eigene Währung. Deutsche Außenpolitik, wenn wir denn von einer solchen überhaupt sprechen wollen, ist überdies heute nicht mehr mit einer schlagkräftigen Armee bewehrt, sondern gründet zweifellos in der zwar schwächer werdenden, aber immer noch enormen Wirtschaftskraft unseres Landes. Die Bundeswehr ist demgegenüber letztlich ein Faktor von untergeordneter Bedeutung.

Das Argument, die verbrecherische Politik des Hitler-Regimes habe das Recht Deutschlands auf eine souveräne und unabhängige (Außen-) Politik ausgelöscht, greift nicht etwa nur zu kurz, sondern ist aus zwei Gründen schlichtweg falsch:

1. Die Machtübernahme Adolf Hitlers im Jahre 1933 ist ohne das Desaster des Vertrages von Versailles nicht vorstellbar. Das Friedensdiktat von 1919 legte dem Deutschen Reich territoriale, militärische und wirtschaftliche Beschränkungen auf, deren Zweck fraglos in der dauerhaften Erniedrigung und Ausbeutung Deutschlands bestand. Es war gerade diese Maßlosigkeit, welche Hitler geradezu idealtypische Anknüpfungspunkte und Argumente lieferte, mit denen er einen erheblichen Teil der Deutschen auf seine Seite ziehen konnte, um dann seinerseits eine immer verbrecherischer werdende Politik zu verfolgen und Deutschland schließlich vollends in den Abgrund zu stürzen: Hitler war die extreme Antwort auf den Fehdehandschuh Versailles.
2. Lange vor Hitler gab es in Europa das über Jahrhunderte währende Bestreben, den Deutschen die politische, wirtschaftliche und militärische Einheit - und damit die Souveränität - mit allen gebotenen Mitteln zu verweigern. Der Grund für diese

Politik lag nicht in schlimmen Erfahrungen mit Deutschland, sondern im Machtstreben fremder Mächte (s.u.). So war denn auch die außenpolitische Stärke des Kaiserreiches keinesfalls das Ergebnis einer selbstverständlichen, sondern einer im Wortsinne *erkämpften* und daher stets gefährdeten Souveränität. Das Ausland war an ein ebenso schlaffes wie zersplittertes Deutschland gewöhnt, das übrigens schon damals große territoriale Verluste zu beklagen hatte. Insbesondere Frankreich und England, aber in letzter Konsequenz auch die USA empfanden den Aufstieg des Kaiserreiches daher als Affront gegen ihre eigenen Macht- und Wirtschaftsinteressen. In diesen Gegensätzen lag letztlich die Ursache für den späteren Weltkrieg beschlossen. Die außerordentlich labile außenpolitische Lage des Reiches nach 1871 war niemandem mehr bewußt als dem Reichskanzler Otto von Bismarck. Nach einigen glanzvollen Phasen im Mittelalter bildet die Außenpolitik Bismarcks in der jüngeren deutschen Geschichte den wohl nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt diplomatischer Kunstfertigkeit.

Diese kurzen Ausführungen zeigen, daß eine nicht nur erwünschte, sondern nachgerade erzwungene Benachteiligung anderer Völker langfristig auch schlimme Folgen für jene Staaten und Völker zeitigen kann, denen sie zunächst offensichtliche Vorteile bringt: Die permanente negative Einflußnahme auf Deutschland hat böse Folgen gehabt, an denen Europa noch heute leidet. Wir müssen uns also stets klarmachen:

Die Gestaltung der Politik gegenüber anderen Staaten basiert nicht nur auf den Interessen, Werten und Vorstellungen der Gegenwart, sondern mindestens genauso auf vergangenen Entwicklungen, Ereignissen und Beziehungen: Außenpolitik fängt niemals bei Null an! Sie hat demnach stets historische Dimensionen, die im Falle Deutschlands in dem schwierigen Verhältnis zu Israel bis hin zu den weitgehend problemlosen Beziehungen mit Irland, Finnland oder einigen arabischen Staaten ihren Niederschlag finden. Dabei ist jedoch zu betonen, daß die traditionell positiven und unbelasteten Außenbeziehungen Deutschlands zu bestimmten Ländern zugunsten einer nahezu vollständigen Fixierung auf die Verbindung von Hitlers Verbrechen mit der Alleinschuld am II. Weltkrieg ausgeblendet wurde. In der Nachkriegszeit wurde (und wird!) unsere Außenpolitik gewissermaßen mit den - eingebildeten oder tatsächlichen - Schatten der Vergangenheit *gesteuert*. Die schlimme Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und des Krieges bildet damit *die* negative Identifikationsebene für die deutsche Außenpolitik nach 1945 (für die Innenpolitik gilt dies in noch größerem Umfang). Es zeigt sich aber immer deutlicher, daß die nur rückwärtsgewandte Fundamentierung der Außenpolitik nicht zukunftsfähig ist - und im Grunde auch nie war.

„Deutsche“ Außenpolitik - ein Sonderweg ?!

Die weitestgehend unselbständige Außenpolitik der Bundesrepublik orientierte sich bis zum Ende der achtziger Jahre faktisch an den Vorgaben und Wünschen der Westalliierten, deren eigene Politik traditionell stark an ökonomischer und politischer Einflußnahme auf andere Staaten ausgerichtet war und - die Gegenwart zeigt es - nach wie vor ist. Für die Außenpolitik der DDR gilt sinngemäß das gleiche, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Es ist kein Geheimnis, daß die Gestaltung der Außenbeziehungen der DDR von Moskau her bestimmt und natürlich auch kontrolliert wurde. Die Außenpolitik der beiden deutschen Staaten basierte also in den Nachkriegsjahrzehnten vorwiegend auf den Wünschen des ehemals feindlichen Auslands, so daß sie stets weit mehr *Reaktion* als *Aktion* war. Wir könnten hier „*Reaktion*“ auch durch „*Folgsamkeit*“ ersetzen: Deutsche Interessen wurden nicht offen diskutiert und formuliert, sondern in der Regel denen jener Staaten untergeordnet, welchen man folgen mußte oder glaubte, mehr oder weniger blind folgen zu müssen.

Die Koordinaten der deutschen Auslandsbeziehungen haben sich seit der Wiedervereinigung und dem Niedergang des Kommunismus zwar stark verschoben. An der grundsätzlichen Richtung der deutschen Außenpolitik hat die Zeitenwende von 1989 jedoch nichts Wesentliches geändert: Den Nachwende-Regierungen ist es in vierzehn Jahren letztlich nicht gelungen, eine eigenständige, profilierte und strategisch ausgerichtete Außenpolitik auf der Grundlage unserer Interessen zu entwickeln und zu verfolgen. Aufgrund des Verharrens der gegenwärtigen Politikergeneration in überkommenen, aus der Niederlage von 1945 resultierenden Horizonten ist auch nicht davon auszugehen, daß eine solche Politik innerhalb des bestehenden Rahmens Konturen gewinnen wird. Die oft angeführte Begründung, deutsche Politik müsse berechenbar sein, träfe nur dann zu, wenn andere Staaten dieses Argument gleichfalls als Leitlinie ihrer eigenen Politik verstehen würden. Es bedarf keiner Erläuterung, daß genau dies eben nicht der Fall ist. „Berechenbarkeit“ ist daher oft nur eine Metapher für die Unterordnung unter eine Politik, die von anderen Staaten initiiert und verfolgt wird. Im Zusammenhang mit allenfalls zart aufkeimenden Diskussionen über eine selbstbewußtere Rolle der deutschen Außenpolitik wird immer wieder die angebliche Angst vor einem „deutschen Sonderweg“ ins Feld geführt. Es gehört zur Tragik in diesem Land, daß bestimmte Begriffe immer wieder von Leuten im Munde geführt werden, die von der Sache nichts verstehen.

Die bei mehr oder weniger begründeten Anlässen immer wieder beschworene Angst vor einem deutschen Sonderweg dient nicht der Beschwichtigung des Auslands, sondern drückt die Unwilligkeit und Unfähigkeit aus, deutsche Interessen zu formulieren und sie bei Ver-

handlungen in die Waagschale zu werfen, so daß ein echter Ausgleich mit ihnen widerstrebenden Interessen erreicht werden kann. Mit einem Sonderweg hat das nichts, gar nichts zu tun. Sonderwege gibt es für jedes Land und Volk, das noch über ein eigenständiges Bewusstsein verfügt. Sonderwege sind Ausdruck von Individualität und Behauptungswillen und insofern eine Selbstverständlichkeit im Völkerleben: Die Geschichte *ist* eine Geschichte von Sonderwegen. Daß diese Sonderwege in die blutige Irre führen können, stellt keine Besonderheit der deutschen Geschichte dar, und zwar unabhängig davon, welches Gewicht man der Hitlerzeit und ihren Verbrechen beimißt. Der deutsche Sonderweg war schwierig, gerade *weil* er durch ausländische Politik fraglos nicht nur geduldet, sondern massiv gefördert wurde und daher auch beabsichtigt war. Der Beginn dieses Prozesses liegt im Mittelalter: Während die vormals peripheren Länder West- und Südwesteuropas an Bedeutung gewannen und ihre Macht Zug um Zug auch auf den außereuropäischen Rest der Welt ausdehnten, war dem alten Deutschen Reich war ein ganz anderes Schicksal beschieden. Der hochmittelalterlichen Glanzepoche unter Sachsen, Saliern und Staufern folgte ein langer Niedergang, der in der entsetzlichen Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges einen extrem grausamen Höhepunkt fand. Dieser Krieg mit den jämmerlichen Friedensschlüssen von Münster und Osnabrück machte deutlich, daß Deutschland und die Deutschen nicht viel mehr als ein Spielball fremder (insbesondere französischer, schwedischer und habsburgischer) Machtinteressen waren. Jenseits der enger gewordenen deutschen Grenzen hatte derweil längst die Aufteilung der Welt unter den eroberungsfreudigen Europäern begonnen. Den daran vor allem beteiligten Ländern Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien fiel es dabei sehr leicht, die gesamteuropäische Tradition des Christentums über die Bordwände ihrer Kriegs- und Sklavenschiffe zu werfen. Auch Amerika ging und geht einen Sonderweg, der durch die sinnlose Vernichtung von mehr als einer Million Indianern mit Blut gesäumt ist und für immer gebrandmarkt bleibt. Es gehört zweifellos zu den positiven Entwicklungen unseres Sonderweges, daß die Deutschen an der Eroberung der Welt nur marginalen Anteil hatten.

Während aber in den genannten Ländern die bisweilen sehr dunklen Seiten der jeweiligen Geschichte nicht zur Scheuklappenbildung in der öffentlichen Diskussion und in der Selbsteinschätzung als Nation führten, ist das deutsche Volk seit Jahrzehnten den politischen Zwangsvorstellungen der 68er Phantasten ausgesetzt und hat demzufolge „gelernt“, auch in Hinsicht auf außenpolitische Probleme eine bestimmte Meinung zu vertreten, mindestens aber eine solche zu äußern, weil dem einzelnen sonst Diffamierungen und schlimmere Nachteile drohen. Jedes Aufbegehren gegen die politische Korrektheit und damit gegen die Deutungshoheit selbsternannter Geschichtsbewältiger ist nach wie vor ein Sakrileg. Die Deutschen haben sich weitestgehend in die ihnen zugewiesene Rolle als Empfänger von

Meinungsbefehlen gefügt. Leider entspricht das der sehr ungunstigen Tradition des Untertanen, die sich die entsprechenden Kreise zum Zwecke des eigenen Machterhalts dienstbar machen. Insofern wirft der Verweis auf deutsche Sonderwege natürlich die - unerwünschte - Frage auf, inwiefern in Deutschland überhaupt noch ein Bewußtsein für Eigenständigkeit vorhanden ist, auf dessen Grundlage so etwas wie ein „Sonderweg“ entstehen könnte. Der kreuzbrave deutsche Michel ist zum braven, globalisierten Massenkonsumenten mutiert, der freilich in seiner Gartenzaun-Welt immer noch ein Verhältnis zur Politik hat, das dem eines Kindes zum Weihnachtsmann entspricht. Eines gefährlichen Sonderweges wäre er ob seiner anerzogenen Fügsam- und Gläubigkeit gar nicht fähig. Wer daher sorgenvoll auf mögliche deutsche Sonderwege verweist, hat nicht die bösen Schatten unserer Geschichte im Blick, sondern den möglichen Verlust seiner Macht. Im Zuge der Instrumentalisierung der deutschen Geschichte zum Zwecke der Aufrechterhaltung bestimmter gegenwärtiger Strukturen sind grundsätzlichere Betrachtungen zu diesem Thema (und auch anderen!) natürlich nicht erwünscht. Für uns ist das freilich ohne jeden Belang.

Gemeinsame Außenpolitik?

Wie wir gesehen haben, sind Sonderwege in der Geschichte nicht die Ausnahme, sondern die Regel, soweit wir mit Blick auf die Geschichte von „Regeln“ sprechen können. Ganz anders verhält es sich mit der Dauerhaftigkeit übernationaler Bündnisse oder auch nur mit der Koordination von Vorgehensweisen im Angesicht plötzlicher Krisen.

Die politischen Folgen der Anschläge in New York haben gezeigt, daß die sogenannte „westliche Wertegemeinschaft“ sehr schnell Risse bekommen kann. In aller Deutlichkeit war zu sehen, wie zerbrechlich eine übernationale Definition von Grundeinstellungen doch ist, wenn unvorhergesehene Ereignisse Antworten und Reaktionen erfordern, die innerhalb der bisherigen Denkschemata nicht zu finden sind. Auch in anderen Konflikten hat sich erwiesen, daß eine einheitliche übernationale Außenpolitik jenseits der Schönwettergebiete bis auf den heutigen Tag weitgehend eine Fiktion geblieben ist. Selbst innerhalb der Europäischen Union gibt es laufend Streitigkeiten, die regelmäßig unter Zuhilfenahme der Zahlungsbereitschaft Deutschlands beigelegt werden. Viele andere Mitgliedsstaaten haben sich in diesem Zustand sehr komfortabel eingerichtet. Solche Konflikte würden drastisch an Schärfe zunehmen, begäbe Deutschland sich beispielsweise auf das Niveau der Zahlungen Frankreichs. Letztlich wird die trügerische Eintracht innerhalb der Europäischen Union mit dem deutschen Scheckbuch am Leben erhalten. *Gekaufte* Außenpolitik ist jedoch *keine* Außenpolitik. Noch weniger Illusionen sind in Hinsicht auf eine künftige gemeinsame europäische Außenpolitik angebracht - die Resolution der zehn osteuropäischen Staaten anlässlich der Entscheidung für oder gegen den Krieg im Irak spricht in dieser Hinsicht Bände.

Wir können daraus unsere Schlüsse ziehen: Die Osterweiterung der Europäischen Union, die gegenwärtige globale Entwicklung mit der latenten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und die instabile Lage in verschiedenen Teilen der Welt lässt die realistische Annahme einer zukünftigen europäischen Außenpolitik gar nicht zu. Sogenannte „gemeinsame Haltungen“ in außenpolitischen Fragen sind überdies längst nicht immer die Konsequenz gemeinsam verfochtener Grundwerte, sondern beruhen nur zu oft auf einem mehr oder weniger zufälligen Zusammentreffen von politischem Kalkül, das aus durchaus nationalen und eigennützigen Motiven resultiert. Eine „gemeinsame“ Außenpolitik ist daher stets fragil und letztlich auf weitgehend statische Verhältnisse berechnet, die es aber nicht gibt und auch niemals geben kann: Die Geschichte lehrt, daß sie aus dem Nichts heraus eine ungeheure Dynamik entfalten kann, welche die wackeligen Kartenhäuser vorgeblich dauerhafter und sicherer politischer Konzeptionen im Handumdrehen einstürzen läßt. Wenn sich also die deutsche Außenpolitik auf „unumstößliche“ Bündnisse politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art verließ, so ordnete sich damit einer selbstgeschaffenen Halluzination unter. Dies wäre (ist?) eine Nibelungentreue der besonderen Art.

Grundriß einer deutschen Außenpolitik:

Die vorstehenden Überlegungen machen deutlich, daß gleichermaßen historische, gegenwärtige und natürlich auch mögliche zukünftige Entwicklungen in unterschiedlicher Weise die Außenpolitik beeinflussen. In bezug auf die historischen Gegebenheiten zeigt sich für die deutsche Außenpolitik jedoch sehr klar, daß nicht die jeweiligen geschichtlichen Ereignisse selbst, sondern deren Auswahl und Einschätzung durch die herrschende politische Klasse ausschlaggebend ist. Leider ist nicht zu bestreiten, daß deren Protagonisten ureigenste Interessen vertreten und zu diesem Zwecke komplexe historische Ereignisse und Vorgänge manipulieren und dann auch instrumentalisieren. Dieses kurzsichtige Vorgehen ist hochgefährlich: Die Verlässlichkeit jeder Politik sinkt kontinuierlich, wenn sie von den Verantwortlichen ohne Not, aber zum eigenen Nutzen, mit neurotischen Zwängen begründet wird, die auf lange Sicht weder Deutschland noch dem Ausland zum Vorteil gereichen. Es versteht sich, daß man in Berlin von einem tieferen Verständnis dieser Zusammenhänge weit entfernt ist - oder sein will.

Wir gehen darüber hinweg und halten für den Gesamtzusammenhang folgendes fest:

Außenpolitik benötigt eine klare strategische Ausrichtung, die derzeit nicht erkennbar ist. Was uns fehlt, ist eine wirklich offene Diskussion dessen, was deutschen Interessen eigentlich entspricht. Ein Paradigmenwechsel ist hier längst überfällig, wenn eine Neudefinition

deutscher Interessen und deren Umsetzung durch die Politik im internationalen Kontext erfolgen soll: Die Zukunft braucht Konzepte und keine Gebetsmühlen.

Eine im derzeitigen Rahmen als „eigenständig“ zu bezeichnende außenpolitische Konzeption Deutschlands sollte vor dem Hintergrund gänzlich ungewisser politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen von folgenden Überlegungen her gestaltet werden:

- Die Definition außenpolitischer Handlungs- und Zielvorstellungen ist stets an den eigenen, spezifisch nationalen Interessen zu orientieren. Erst dann sind fremde Interessenlagen zu berücksichtigen.
- Außenpolitische Positionen sind fair, aber mit allem gebotenen Nachdruck gegenüber Partnern und anderen Nationen zu vertreten.
- Eine gleichermaßen friedliche wie ernstzunehmende Außenpolitik soll den Interessenausgleich, nicht aber die faktische Unterwerfung unter fremde Interessen verfolgen. Dies ist präzise der Knackpunkt der deutschen Nachkriegspolitik.
- Außenpolitik *kann* in übergeordnete Bündnisse und Strukturen eingebunden sein, jedoch dürfen diese keinesfalls eine unabdingbare Voraussetzung oder Grenze für politischen Gestaltungswillen sein.
- Da übernationale Bündnisse und Organisationsformen jeder Art aufgrund nicht vorhersehbarer Entwicklungen und Krisen jederzeit potentiell gefährdet sind, muß eine verantwortliche Außenpolitik auch völlig gegensätzliche Szenarien ins Kalkül ziehen, um im gegebenen Fall mit einer dann unabhängigen Strategie angemessen reagieren zu können.

Auf Basis dieser an und für sich selbstverständlichen Grundsätze sind deutsche Interessen zu formulieren und in der Folge zu vertreten. Einige der wesentlichsten Punkte, die sicher noch der Diskussion und Ergänzung bedürfen, sind dabei die folgenden:

- Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands: Es ist davon auszugehen, daß die Alliierten sich im Zuge der Wiedervereinigung durch Geheimverträge sehr umfangreiche Rechte und Einflußmöglichkeiten in Deutschland sicherten.
- Nutzung außenpolitischer Potentiale in Verbindung mit Staaten, deren Verhältnis zu uns von der Vergangenheit unbelastet ist.
- Stärkere Verknüpfung außenpolitischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen.
- Stärkung der Unabhängigkeit der deutschen Geheimdienste.
- Gleichberechtigung der deutschen Sprache in der Europäischen Union.
- Überprüfung und Anpassung der Zahlungen an die Europäische Union.

- Militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb der eigenen Landesverteidigung müssen nachvollziehbar unseren Interessen dienen. Die vorrangige Aufgabe der Bundeswehr besteht in der Sicherung der deutschen Grenzen.

Eine selbstbewußt agierende deutsche Außenpolitik soll anderen Ländern keinesfalls zum Nachteil gereichen - es sei denn, man wolle auswärtige Beziehungen endgültig als eine Art fortlaufender „Gewinn- und Verlustrechnung betrachten“, in welcher der Gewinn der einen Seite stets aus dem Verlust der jeweils anderen besteht. Diese Prämisse hätte in der Konsequenz ein ganz fatales Ergebnis: Den Krieg aller gegen alle.

Eine unabhängige und freie deutsche Außenpolitik ist derzeit noch reine Zukunftsmusik und wird von den im Bundestag vertretenen Parteien ganz sicher nicht initiiert werden. Wir müssen aber weiter sehen: Die bundesdeutsche Kuschel-Republik gehört seit 1989 der Vergangenheit an. Es ist an der Zeit, dies endlich zu begreifen.
